Keine Steuer-Gelder für Zocker-Banken!

DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de

Keine Steuer-Gelder für Zocker-Banken!

DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de

Wer Europa will, muss es den Banken und Reichen nehmen.

Es geht um viel bei der Europawahl:
Wie wollen wir leben? Was bedeutet soziale Gerechtigkeit? Was ist gute Arbeit und gerechter Lohn? Wie schaffen wir der Jugend in Europa eine Zukunft?

Die Krise und die Rettung der Banken auf Kosten der Bevölkerung haben viele Menschen an den Rand des Elends gebracht. Die Erwerbslosigkeit ist um 70 Prozent gestiegen. Schon vor der Krise haben neoliberale Politik und Wirtschaft vor allem auf kurzfristige Profite an den Finanzmärkten gesetzt. Sie haben die Reichen entlastet. Auch in Deutschland. Langfristige Planung, eine funktionierende wirtschaftliche und soziale Struktur – Straßen, Schulen, Krankenhäuser – wurden vernachlässigt.

Die Politik gegen die Krise hat vor allem denen genützt, die die Krise zu verantworten haben: den Reichen, den Banken und dem Finanzsektor. In Griechenland fließen über 90 Prozent der Hilfsgelder an die Banken zurück. In allen europäischen Ländern haben sich die sozialen Unterschiede verschärft, sind die Reichen reicher geworden. Das Vermögen der Reichen in Europa ist größer als die Schulden der europäischen Staaten zusammen genommen!

Damit es in Europa wieder aufwärts geht, müssen

- die Banken entmachtet werden,
- der Reichtum in Europa gerecht verteilt werden und
- im Interesse Aller eingesetzt werden.

Mit einem öffentlichen Programm für eine gute wirtschaftliche Zukunft, sozial und ökologisch.

DIE LINKE sagt: Stoppt die Armut und den sozialen Kahlschlag! Die Privatisierung von Strom und Energie, von Gesundheitsversorgung und Rentensystemen hat nur den Unternehmen genutzt und die Finanzmärkte aufgebläht. Die Alternative ist machbar: eine Wirtschaft, die den Menschen in allen europäischen Ländern eine Perspektive auf ein gutes Leben bietet. Dafür brauchen wir öffentliche Investitionen in gute Arbeit und einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft. Und die Banken müssen unter Kontrolle gebracht werden.

- **Die Banken in die Schranken weisen!** Nicht die Steuerzahler, sondern Aktionäre und Gläubiger müssen für die Fehler der Banken haften. Marode Banken müssen abgewickelt werden können. Private Großbanken wollen wir vergesellschaften und öffentlich kontrollieren.
- **Die Banken dürfen mit den Krediten der Staaten keine Extra-Gewinnen machen.** Die Staaten sollen direkt von der EZB Kredite erhalten können.
- Die Krise ist nicht vorbei. Wenn neue Kredite an Länder vergeben werden, müssen sie an soziale Bedingungen geknüpft werden. Die Superreichen des Landes müssen beteiligt werden. **Löhne und Renten dürfen nicht gekürzt werden, Ausgaben fürs Militär aber müssen gekürzt werden.**
- **Wirtschaft aufbauen. Erwerbslosigkeit bekämpfen.** Statt immer mehr Wettbewerb und Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen wollen wir ein europäisches Zukunftsprogramm auflegen. Mit Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in Bildung, Gesundheit und in eine sozial gerechte Energiewende. Das Freihandelsabkommen TTIP und der Wettbewerbspakt müssen gestoppt werden.

Es entscheidet sich jetzt, welchen Weg die Europa gehen wird. Entscheiden Sie mit!
Wir bitten Sie am 25. Mai um Ihre Stimme für DIE LINKE.

Kontakt: DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
wahlquartier@die-linke.de
www.hier-und-in-europa.de

V.i.S.d.P. Matthias Höhn

Wer Europa will, muss es den Banken und Reichen nehmen.

Es geht um viel bei der Europawahl:
Wie wollen wir leben? Was bedeutet soziale Gerechtigkeit? Was ist gute Arbeit und gerechter Lohn? Wie schaffen wir der Jugend in Europa eine Zukunft?

Die Krise und die Rettung der Banken auf Kosten der Bevölkerung haben viele Menschen an den Rand des Elends gebracht. Die Erwerbslosigkeit ist um 70 Prozent gestiegen. Schon vor der Krise haben neoliberale Politik und Wirtschaft vor allem auf kurzfristige Profite an den Finanzmärkten gesetzt. Sie haben die Reichen entlastet. Auch in Deutschland. Langfristige Planung, eine funktionierende wirtschaftliche und soziale Struktur – Straßen, Schulen, Krankenhäuser – wurden vernachlässigt.

Die Politik gegen die Krise hat vor allem denen genützt, die die Krise zu verantworten haben: den Reichen, den Banken und dem Finanzsektor. In Griechenland fließen über 90 Prozent der Hilfsgelder an die Banken zurück. In allen europäischen Ländern haben sich die sozialen Unterschiede verschärft, sind die Reichen reicher geworden. Das Vermögen der Reichen in Europa ist größer als die Schulden der europäischen Staaten zusammen genommen!

Damit es in Europa wieder aufwärts geht, müssen

- die Banken entmachtet werden,
- der Reichtum in Europa gerecht verteilt werden und
- im Interesse Aller eingesetzt werden.

Mit einem öffentlichen Programm für eine gute wirtschaftliche Zukunft, sozial und ökologisch.

DIE LINKE sagt: Stoppt die Armut und den sozialen Kahlschlag! Die Privatisierung von Strom und Energie, von Gesundheitsversorgung und Rentensystemen hat nur den Unternehmen genutzt und die Finanzmärkte aufgebläht. Die Alternative ist machbar: eine Wirtschaft, die den Menschen in allen europäischen Ländern eine Perspektive auf ein gutes Leben bietet. Dafür brauchen wir öffentliche Investitionen in gute Arbeit und einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft. Und die Banken müssen unter Kontrolle gebracht werden.

- **Die Banken in die Schranken weisen!** Nicht die Steuerzahler, sondern Aktionäre und Gläubiger müssen für die Fehler der Banken haften. Marode Banken müssen abgewickelt werden können. Private Großbanken wollen wir vergesellschaften und öffentlich kontrollieren.
- **Die Banken dürfen mit den Krediten der Staaten keine Extra-Gewinnen machen.** Die Staaten sollen direkt von der EZB Kredite erhalten können.
- Die Krise ist nicht vorbei. Wenn neue Kredite an Länder vergeben werden, müssen sie an soziale Bedingungen geknüpft werden. Die Superreichen des Landes müssen beteiligt werden. **Löhne und Renten dürfen nicht gekürzt werden, Ausgaben fürs Militär aber müssen gekürzt werden.**
- **Wirtschaft aufbauen. Erwerbslosigkeit bekämpfen.** Statt immer mehr Wettbewerb und Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen wollen wir ein europäisches Zukunftsprogramm auflegen. Mit Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in Bildung, Gesundheit und in eine sozial gerechte Energiewende. Das Freihandelsabkommen TTIP und der Wettbewerbspakt müssen gestoppt werden.

Es entscheidet sich jetzt, welchen Weg die Europa gehen wird. Entscheiden Sie mit!
Wir bitten Sie am 25. Mai um Ihre Stimme für DIE LINKE.

Kontakt: DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
wahlquartier@die-linke.de
www.hier-und-in-europa.de

V.i.S.d.P. Matthias Höhn